

IN ZÜRICH GETROFFEN

# Den Stimmlosen eine Stimme geben

Die Odyssee des kongolesischen Aktivisten Emmanuel Mbolela

Wegen seines politischen Engagements in Kongo musste Emmanuel Mbolela seine Heimat verlassen. In seinem Buch «Mein Weg vom Kongo nach Europa» beschreibt er das Schicksal, das unzählige afrikanische Migranten mit ihm teilen.

Rico Steinemann

Emmanuel Mbolela hat sie alle überlebt; Soldaten, korrupte Polizisten, Schlepper und Banditen. Nun sitzt er etwas scheu vor seinem Pfefferminztee in einem Zürcher Café und erzählt mit ruhiger Stimme und wachen Augen. Der 41-jährige Kongolese befindet sich momentan auf einer Lesereise durch die Schweiz, Deutschland und Österreich, um sein kürzlich erschienenes Buch «Mein Weg vom Kongo nach Europa» vorzustellen. Mit der eindrücklichen Schilderung seiner Erlebnisse verleiht er den Tausenden von Flüchtlingen aus dem subsaharischen Afrika eine Stimme. Er will aufrütteln und ein Bewusstsein schaffen für die unmenschliche Situation, mit der sich die Migranten, die es bis nach Europa schaffen, auseinandersetzen müssen.

## Tragödien in der Wüste

Seine eigene Odyssee begann 2002, als der damalige Wirtschaftsstudent wegen seiner politischen Aktivitäten in der Demokratischen Republik Kongo verhaftet und gefoltert wurde. Mbolela sah sein Leben in Gefahr und entschloss sich zur Flucht. Über Kamerun, Nigeria, Benin und Burkina Faso gelangte Mbolela nach Mali.

Das grösste und mit Abstand gefährlichste Teilstück seiner Reise stand ihm aber noch bevor. Die Passagen im Buch über die ungeheuren Strapazen während der Fahrt durch die Sahara sind beklebend. «Was zählt, ist einzig und allein, das eigene Leben zu retten», schreibt Mbolela. Zusammengepfercht auf einem Pick-up in unerträglicher Hitze, werden die Flüchtlinge durch die Wüste gefahren. Sie sind jedoch nicht nur Hitze, Hunger und Durst ausgesetzt, sondern werden oftmals auch noch aller



Er wolle irgendwann zurück nach Kongo, sagt Emmanuel Mbolela.

GORAN BASIC / NZ

Habseligkeiten beraubt. Mbolelas Gruppe wurde von bewaffneten Männern angehalten, die allen Reisenden befahlen, sich auf den Boden zu legen. Innerhalb von einer Viertelstunde sammelten die Banditen Mobiltelefone und Geld ein und verschwanden wieder. In Europa finde vor allem die gefährliche Überfahrt übers Mittelmeer mediale

Aufmerksamkeit, erklärt Mbolela. Es ist ihm wichtig, darauf hinzuweisen, was für Tragödien sich in der Sahara, fernab von westlichen Fernsehkameras, abspielen. Immer wieder betont Mbolela auch die unsäglichen Torturen für die mitreisenden Frauen, die der sexuellen Ausbeutung durch die Schlepper schutzlos ausgeliefert sind.

Nach der strapaziösen Fahrt durch die Wüste schaffte er es, sich über Algerien nach Marokko durchzuschlagen. Im Büro der UNHCR in Rabat stellte er einen Asylantrag und erhielt zu seiner grossen Freude einen positiven Bescheid. Doch auch der offizielle Status als Flüchtling schützt die afrikanischen Migranten nicht vor der Willkür der marokkanischen Behörden. Die Gefahr, bei einer Razzia von der Polizei aufgegriffen und abgeschoben zu werden, ist ständig präsent. Zusammen mit einigen Landsleuten gründete Mbolela darum «Die Vereinigung der kongolesischen Flüchtlinge und Asylbewerber» (ARCOM). Mit der Unterstützung durch marokkanische Menschenrechtsorganisationen leistete die Organisation wichtige Arbeit im Kampf für die Rechte, die den offiziell anerkannten Flüchtlingen eigentlich zustehen sollten.

Nach vier Jahren in Marokko erhielt Mbolela 2008 Asyl in den Niederlanden. Er sei hin- und hergerissen gewesen zwischen der Solidarität mit ARCOM und seinen Freunden und der Freude über den positiven Bescheid, sagt Mbolela.

## Herausforderung Europa

Angesprochen auf seine Vorstellungen von Europa, bevor er in die Niederlande übersiedelte, sagt Mbolela: «Europa bedeutete für mich Recht und Freiheit.» Doch er stellte fest, dass es am Anfang für ihn schwierig war, sich an das neue Leben zu gewöhnen. «In Marokko war ich fest in der kongolesischen Community verankert, man traf sich und ass zusammen. In den Niederlanden war ich plötzlich allein.» Besonders schwierig war für ihn die Arbeitssuche. Was er hingegen in den Niederlanden fand, war der nötige Abstand seine Erlebnisse aufzuschreiben und sein Buch zu beenden. Er habe in Marokko mit dem Schreiben begonnen, doch da sei es für ihn schwierig gewesen, ständig die Erinnerungen der erlebten Grausamkeiten im Kopf zu haben. Das Buch habe ihm auch ein Stück weit geholfen, das Erlebte zu verarbeiten. Mbolela fühlt sich mittlerweile wohl in den Niederlanden, hält aber fest, dass er auf jeden Fall nach Kongo-Kinshasa zurückkehren möchte: «Kongo ist mein Land. Aber die Situation dort ist immer noch unhaltbar.»

## Dübendorf macht Tempo

Stadt fordert Planungssicherheit

Die Stadt Dübendorf will, dass die Planung rund um das Gebiet des Flugplatzes zügig vorangeht. Sie sieht sich vor allem einer Partei gegenüber in der Pflicht.

jow. · Ein tollkühner Flieger war er, dieser Oskar Bider. Als Erster überflog er vor 101 Jahren die Alpen, und er leistete Dienst bei der Schweizer Luftwaffe. Ein unerwartetes Ende nahm Biders Karriere, als er im Sommer 1919 im Alter von nur 27 Jahren in Dübendorf bei einem Trainingsflug tödlich verunglückte. Noch heute erinnert die Oskar-Bider-Strasse, die zum Gelände des Flugplatzes führt, an den Abenteurer.

Noch heute gibt Oskar Bider in Dübendorf zu reden. Beim Oskar-Bider-Quartier bestehe aus städtebaulicher Sicht Handlungsbedarf, findet Lothar Ziörjen. Der Dübendorfer Stadtpräsident hat am Mittwoch über die Legislaturziele der nächsten vier Jahre orientiert. Dazu zählt auch die Stadtentwicklung.

## Fluglärm oder nicht?

Einige Bauten in diesem Gebiet sind bereits sehr alt, und manche haben in den vergangenen Jahren den Besitzer gewechselt. Die (neuen) Eigentümer wollten sich verständlicherweise ausrechnen, wie viel wert ihre Immobilien seien, erläuterte Ziörjen. Es gebe solche, die nicht auf «Pinselrenovierungen» setzten, sondern umfangreich sanieren möchten. Bevor sie jedoch viel Geld ausgaben, wollten sie Planungs- und Rechtssicherheit haben.

«Sie würden beispielsweise gern wissen, ob sie weniger einnehmen, weil ihre Liegenschaft von Fluglärm beschallt wird», sagt der Stadtpräsident. Planungsgrundlagen zu schaffen, sei deshalb notwendig. Dübendorf macht also Tempo. Davon, dass die Stadt mit ihren Ideen vorprescht, wollte der BDP-Politiker allerdings nichts wissen. Die Planung sei abgestimmt auf jene des Kantons und laufe gleichzeitig. Tatsächlich sollte sich die Zürcher Regierung beeilen. Bis im nächsten Frühling muss im Kantonsrat nämlich eine Richtplanrevision durch sein, damit ein Innovationspark überhaupt gebaut werden könnte (NZZ 23. 9. 14). Er gehe davon aus, dass der Rat diesem «wichtigen Projekt» zustimme, sagte Ziörjen.

## Gefängnispersonal wird nur bei Verdacht kontrolliert

Das Zürcher Amt für Justizvollzug ergreift nach Vorfällen in Affoltern am Albis Massnahmen

Ein knappes Jahr lang hatte eine Aufseherin im Gefängnis von Affoltern Drogen, Anabolika und Fast Food an Insassen verkauft. Möglicherweise hätte sie nie angestellt werden dürfen.

Fabian Baumgartner

Nachdem im Gefängnis von Affoltern am Albis teilweise eklatante Missstände aufgedeckt worden waren, hat das Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich nun Massnahmen angekündigt. Gestützt auf die Ergebnisse der Untersuchungen prüfe man die nötigen internen Anpassungen, sagt Jessica Maise, Sprecherin des Amtes für Justizvollzug. «Handlungsbedarf gibt es voraussichtlich im finanziellen Bereich bezüglich des internen Kontrollsystems sowie in Bezug auf Führungsfragen.»

## Hohe Anforderungen

Die interne Kontrolle hatte im Fall von Affoltern versagt. Gegen zwei Mitarbeiter hat die Staatsanwaltschaft Limmatal/Albis mittlerweile Anklage erhoben. Allerdings wird das Personal in Zürcher Gefängnissen generell eher rudimentär überprüft. Kontrolliert werde nur bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten, sagt Maise. Routinemässige Stichproben-

kontrollen – bei den Detailhändlern seit Jahren Standard – gibt es dagegen keine. Die schmutzige Aufseherin wurde kontrolliert, nachdem erste Verdachtsmomente aufgetaucht waren. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft ergab, dass die 29-jährige Frau, die erst 2013 eingestellt worden war, Insassen der Anstalt während rund eines Jahres mit Anabolika, Drogen und Fast Food versorgt hatte. Im Gegenzug erhielt sie Drogen, die sie auch selbst konsumierte.

Möglicherweise hätte die Frau gar nie angestellt werden dürfen. Bewerber müssen laut dem Amt für Justizvollzug unter anderem eine 3- oder 4-jährige Berufsausbildung, mehrjährige Berufserfahrung, eine hohe psychische und physische Belastbarkeit mitbringen und in der Regel über 30 Jahre alt sein. Zudem wird eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt und werden Referenzauskünfte eingeholt. Diese Voraussetzungen seien im konkreten Fall möglicherweise nicht eingehalten worden, sagt Maise. Dies werde nun intern abgeklärt.

Vor Gericht verantworten muss sich neben der Aufseherin noch ein weiterer Mitarbeiter der Affolterner Anstalt. Der 47-Jährige, der für die Zentrale der Anstalt verantwortlich war, hatte Bargeld in der Höhe von 47 000 Franken aus der Gefängniskasse entwendet und für private Zwecke eingesetzt. Beide Mitarbeiter sind geständig. Aufgrund der Vorfälle wurde im

September auch der Gefängnisdirektor suspendiert. Zwar konnte ihm kein strafbares Verhalten nachgewiesen werden, doch wird er vorläufig nicht an seinen Arbeitsplatz zurückkehren. Er hätte unter anderem finanzielle Transaktionen visieren müssen, die der angeklagte Mitarbeiter durchführte.

Konkrete Angaben zu Massnahmen wollte Maise noch keine machen. «Wichtig ist vor allem die Einhaltung der Standards im Anstellungsverfahren.» Zudem müsse man jenen Mitarbeitern besondere Aufmerksamkeit schenken, die in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, beispielsweise wegen einer Scheidung. Dies gelte es vor allem dann zu beachten, wenn jemand in seiner Funktion über erweiterte finanzielle Kompetenzen verfüge.

In der Anstalt in Affoltern, die 65 Personen Platz bietet, sind Gefangene untergebracht, die eine Strafe von nicht mehr als 18 Monaten verbüssen. Drogen, Handys und andere unerwünschte Dinge gelangen immer wieder in Gefängnisse. Die Möglichkeiten, diese Gegenstände in Anstalten zu schmuggeln, sind vielfältig. Nicht nur Mitarbeiter schleusen Gegenstände ein, sondern auch Besucher oder Insassen, die Freigang erhalten hatten. Es kam aber auch schon vor, dass Schmuggelgut einfach über die Gefängnismauer geworfen wurde. Die Behörden versuchen der Machenschaften Herr zu werden, indem

etwa unangekündigte Kontrollen in den Zellen durchgeführt werden. Besucher müssen vor dem Betreten einen Metall-detektor passieren.

## Grosse Unterschiede

Schwarze Schafe gebe es immer wieder, sagt Thomas Noll, Direktor des Schweizerischen Ausbildungszentrums für Strafvollzugspersonal (SAZ). Er hält es deshalb für prüfenswert, dass auch das Gefängnispersonal stichprobenartig kontrolliert wird. «Problematisch ist zudem, dass jeder Kanton die praktische Schulung der Mitarbeiter in seinen Gefängnissen anders handhabt.» Die Qualitätsunterschiede seien deshalb gross. Noll hält deshalb ein System für sinnvoll, bei dem die Personen einer Justizvollzugsanstalt, die für die Schulung des Personals verantwortlich sind, zentral ausgebildet werden. Einheitlich gestaltet ist einzig die theoretische Grundausbildung und Weiterbildung der Gefängnismitarbeiter. Diese werden in einem zweijährigen Lehrgang bei der SAZ geschult. Bis im letzten Jahr lag die Zahl der Auszubildenden konstant bei rund 160 Teilnehmern jährlich. Seit 2014 ist sie jedoch auf rund 210 angestiegen. Laut Noll hängt dies mit dem Ausbau der Gefängnisplätze und der steigenden Insassenzahl zusammen. Zwischen 2011 und 2013 sei die Zahl der Gefangenen von 6000 auf 7000 angewachsen.

## Nicht bestimmen, nur zahlen

Dübendorf hatte sich bereits in der Vergangenheit für den Innovationspark starkgemacht. Es sei aber nicht an der Stadt zu bestimmen, welche Unternehmen sich dort niederliessen. Vielmehr sollten die Hochschulen bestimmen, mit welchen Partnern sie zusammenarbeiten wollten, sagte Ziörjen. Er könne sich aber vorstellen, dass diese Partnerschaften nur temporär seien und man sich nach Beendigung eines Projektes wieder trenne. Möglich sei, dass sich die Empa oder die Eawag auf dem Gelände niederliessen. Schliesslich seien diese schon jahrelang in Dübendorf und hätten Platzprobleme. Direkt finanziell unterstützen wolle man die Firmen bei einer Ansiedlung zwar nicht. Es sei aber klar, dass sich die Stadt finanziell beteiligen müsse, wenn es beispielsweise um Fragen der Erschliessung gehe.

Grundsätzlich gelte es allerdings, die Ausgaben im Auge zu behalten. Dübendorf müsse in den nächsten Jahren wegen wachsender Schülerzahlen hohe Investitionen in Schulhäuser tätigen. «Trotzdem wollen wir unseren Haushalt im Lot und unseren Steuerfuss stabil halten», sagte Ziörjen. Momentan sei zwar keine Steuererhöhung geplant. «Ich bin aber skeptisch, ob wir den aktuellen Stand in den nächsten vier Jahren wirklich halten können.» Er könne eine Steuererhöhung im Bereich plus oder minus 5 Prozentpunkte nicht grundsätzlich ausschliessen. Es sei sowieso so, dass gewisse Projekte über eine Legislatur andauerten. Dazu zählt auch der Flugplatz Dübendorf.